

Positionen der Diakonie Deutschland zur Bundestagswahl 2017

Gesellschaftliche Vielfalt gestalten

Diakonie für Menschen	

Vorwort

Die Diakonie Deutschland setzt sich für politische Weichenstellungen ein, die gute Rahmenbedingungen für eine vielfältige, sozial gerechte, offene und inklusive Gesellschaft setzen. Die Diakonie leitet die multi-ethnische, gendergerechte und solidarische Orientierung, die die christliche Kirche von Anbeginn an geprägt hat. Jeden Menschen zeichnen einmalige Eigenschaften, Fähigkeiten und Erfahrungen, weltanschauliche und religiöse Orientierungen, manchmal Migrationsgeschichten, eine individuelle soziale und kulturelle Herkunft aus. Die Diakonie ist überzeugt: Die Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit eines jeden Menschen ist gottgewollt und gut. Von Bundestag und Bundesregierung erwarten wir konkrete politische

Maßnahmen, die allen Menschen – egal welcher Herkunft und Zugehörigkeit – Teilhabe und Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen, zum Beispiel in der Schule, bei der Ausbildung, am Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen, im Sozialraum. Die vorhandenen Regelangebote sind dazu derzeit weder personell, noch strukturell ausreichend in der Lage. Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus ist politisch entschieden entgegenzuwirken.



Ulrich Lilie
Präsident



Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik



Dr. Jörg Kruttschnitt
Vorstand Finanzen, Personal,
Organisation, Recht
und Wirtschaft

Forderungen der Diakonie Deutschland an den 19. Deutschen Bundestag

Eine offene Gesellschaft der Vielfalt gestalten

Integration findet dort statt, wo Menschen sich begegnen – im Sozialraum – in Nachbarschaften, Gemeinden, Städten. Eine offene Gesellschaft der Vielfalt versteht Einwanderung als Bereicherung.

Die nächste Bundesregierung sollte

- die inklusive Sozialraumgestaltung sichern und ausbauen (Programm „Soziale Stadt“) und ihre dauerhafte und tragfähige Finanzierung politikfeldübergreifend in den Sozialgesetzbüchern verankern.
- für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, in der Verwaltung, in den Bildungsinstitutionen und allen Diensten des Gesundheits- und Sozialwesens sorgen. Dazu gehören auch Informationen in einfacher Sprache und Leitsysteme für Menschen mit Sinnesbehinderungen.
- Kultursensibilität und interkulturelle Öffnung von Regelleistungen in Bildung und Daseinsvorsorge als zentrale Aufgabe fördern.
- das Potenzial durch Einwanderung stärker in den Fokus stellen und die Regelungen für Erwerbseinwanderung vereinfachen.
- durch geeignete Maßnahmen eine Willkommenskultur und die Akzeptanz von Vielfalt befördern, den Schutz vor Gewalt und insbesondere rassistischer Diskriminierung ausbauen.

Integration und Teilhabe ermöglichen

Für gesellschaftliche Teilhabe eingewanderter Menschen bedarf es rechtlicher Rahmenbedingungen, die der Vielschichtigkeit des Integrationsprozesses gerecht werden und es Schutzsuchenden und Eingewanderten ermöglichen, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse einzubringen und für sich und ihre Familien Perspektiven zu entwickeln.

Die nächste Bundesregierung sollte

- Asylsuchenden unabhängig von der sogenannten Bleibeperspektive von Anfang an Zugang zu Kita, Schule, Ausbildung, Arbeit und Sprachkursen gewähren. Sie sollte alle Angebote unabhängig von der Aussicht auf ein Bleiberecht für alle öffnen.
- ein bedarfsgerechtes Angebot an Integrationsberatung und -begleitung sicherstellen und dafür die Aufstockung der Bundesförderung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) und der Jugendmigrationsdienste (JMD) wie der Psychosozialen Zentren (PSZ) erhöhen.
- den Nationalen Aktionsplan Integration und den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, Homo- und Transphobie fortzuschreiben.

Arbeit als Integrationsmotor fördern

480.000 Menschen in Deutschland sind dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit muss abgebaut und dauerhafte Ausgrenzung von Menschen vom Arbeitsmarkt beendet werden. Teilhabe an Arbeit ist ein Schlüssel für erfolgreiche Integrationsprozesse.

Die nächste Bundesregierung sollte

- öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachhaltig ausbauen.
- Qualifizierung und begleitende Unterstützung speziell für benachteiligte Personengruppen verstärkt fördern und dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.
- den Zugang aller Schutzsuchenden, nicht nur mit sogenannter guter Bleibeperspektive, zu Angeboten der Sprach- und Arbeitsförderung nach drei Monaten sichern.
- Angebote zur Sprachförderung berufsbegleitend ausbauen und als Regelleistung im SGB II und III verankern.
- ein Gesamtkonzept für einen inklusiven Arbeitsmarkt entwickeln und einen Rechtsanspruch auf Teilhabe an beruflicher Bildung und Arbeit für alle Menschen mit Behinderung unabhängig vom Umfang des Unterstützungsbedarfs sicherstellen.

In Bildung und Ausbildung investieren

Gute Bildung, Erziehung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben.

Die nächste Bundesregierung sollte

- deutliche Impulse in der Bildungspolitik und der Kinder- und Jugendhilfe setzen und Bildungspartizipation für alle Kinder gewährleisten.
- ein Qualitätsentwicklungsgesetz in der Kindertagesbetreuung verabschieden. Sie sollte die Einführung kindgerechter Personalschlüssel und einheitlicher Standards für Leitungsaufgaben umsetzen.
- die Kinder- und Jugendhilfe orientiert an den Kriterien „bedarfsgerecht“, „sozialräumlich“ und „inklusiv“ reformieren und das Leistungsrecht konsequent an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie deren Eltern und Sorgeberechtigten orientieren.
- Rahmenbedingungen für eine verlässliche inklusive Ganztagschule schaffen, die sich an den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen orientiert.

Demokratie lernen – Engagement ermöglichen

- Bildungsinstrumente entwickeln, die auf benachteiligte Personengruppen zugeschnitten sind, um die hohe Zahl fehlender Berufsabschlüsse abzubauen und zukünftig zu vermeiden.
- Möglichkeiten der beruflichen Teilqualifizierung stärken und niedrighschwellige Angebote der Grundbildung für Erwachsene ausbauen. Jobcentern muss es erleichtert werden, längerfristige Fort- und Weiterbildungen finanzieren zu können.
- Die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen vereinfachen und beschleunigen sowie kostenfrei anbieten. Sie sollte die Möglichkeiten zur abschlussbezogenen Nachqualifizierung und Weiterbildung verbessern und flexibler ausgestalten.

Gesellschaftspolitisches Engagement bietet Chancen für die soziale Integration. Teilhabe und Partizipation insbesondere von Menschen mit Zuwanderungsbiographien aber auch von Menschen mit Behinderung ist besser und nachhaltiger zu sichern.

Die nächste Bundesregierung sollte

- die Förderung des Engagements für Demokratie und Toleranz und eines respektvollen, diskriminierungsfreien Miteinanders durch eine verlässliche, nachhaltige gesetzliche Grundlage absichern.
- auch zugewanderte Menschen, egal ob temporär oder dauerhaft in Deutschland lebend, frühzeitig an der Gestaltung der demokratischen Gesellschaft beteiligen. Die bisherigen Programme gilt es deutlich besser miteinander abzustimmen.
- die Zugangsbarrieren zu den Bundes- und Jugendfreiwilligendiensten für Menschen mit Behinderung abbauen und ihrem Assistenzbedarf Rechnung tragen.

Kontakt und Information

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Katja von Damaros
Politische Kommunikation
Vorstandsbereich Sozialpolitik
Telefon +49 (0) 30 652 11-1653
Telefax +49 (0) 30 652 11-3653
katja.vondamaros@diakonie.de

www.diakonie.de